

Umweltschutz braucht Respekt vor anderen Interessen

Die Komplexität ökologischer Fragen überfordert die meisten Menschen. Das und unterschiedliche Interessen führen oft zu großem politischem Streit, weil jeder andere Aspekte für wichtig oder unwesentlich hält. Und meistens finden beide streitenden Seiten Wissenschaftler, die ihre Meinungen teilen. Auf die Dauer kann aber Umweltschutz nicht erfolgreich sein, wenn er Gesellschaften spaltet, weil er als unehrlich, respektlos oder Bedrohung empfunden wird.

Ganz generell ist Misstrauen angebracht, wenn Menschen behaupten, DIE Wissenschaft habe etwas festgestellt oder verlange etwas. Denn praktisch nie sind sich wirklich alle ernstzunehmenden Wissenschaftler eines Fachgebietes einig. Und wohl noch nie wurden sie alle gefragt, bevor jemand behauptete, man sei sich einig. Aber selbst wenn wirklich alle Ökologen, Klimaforscher oder Virologen der Meinung wären, bestimmte Maßnahmen zur Verhinderung von Waldsterben, Klimawandel oder Virus-Infektionen seien unbedingt notwendig, wären sie nicht berechtigt, solche Maßnahmen einfach durchzusetzen. Das liefe nämlich auf das Ersetzen einer Demokratie durch eine Expertokratie und damit auf eine Verletzung der Menschenwürde der Bevölkerungsmehrheit hinaus. In einer Demokratie dürfen Wissenschaftler nur beraten. Sie sollen sagen, was wirklich bewiesen ist, was als wahrscheinlich angesehen wird und vor allem was man noch nicht weiß. Wieviel aber eine Gesellschaft für Maßnahmen gegen den Klimawandel, das neue Waldsterben oder die Ausbreitung eines Virus zu zahlen bereit und in der Lage ist, das ist eine politische und keine wissenschaftliche Frage. Denn so wichtig Umweltschutz für die meisten von uns ist - er darf nicht anderen Menschen oder gar Spezies deren Lebensgrundlagen entziehen.

Leider glauben viele selbsternannte Klimaschützer, sie seien im Besitz letzter Wahrheiten und einer moralisch überlegenen Haltung. Und viele sind arrogant genug, alle andersdenkenden Mitmenschen für dumm, ungebildet oder verantwortungslos zu halten. Deshalb glauben sie, ihre Mitmenschen mit hemmungslos alarmistischen Übertreibungen und apokalyptischen Endzeitprophezeihungen in Panik versetzen und durch angeblich friedliche Blockaden umerziehen zu müssen und dürfen. Dadurch sollen alle den vermeintlich für jeden anständigen Menschen unverzichtbaren Glauben an das unmittelbar bevorstehende Aussterben der Menschheit, das Ende jeglicher Evolution und den Untergang der Welt annehmen und im Sinne der Aktivisten handeln. Aber das ist demokratiefeindlich und der Weg in eine Ökodiktatur, denn die unverzichtbare Aufgabe der Politik ist es, zwischen allen berechtigten Interessen zu vermitteln und Kompromisse zu finden, die möglichst vielen Menschen nutzen und so wenigen schaden, dass es nicht zu Aufständen und bürgerkriegsähnlichen Zuständen kommt. Denn Chaos und Panik nutzen fast niemandem und jeder Extremismus ist gefährlich. Umweltschutz darf keine Entschuldigung für die Extremisten sein, die Menschen ins Gesicht spucken oder mit Exkrementen bewerfen oder lebensgefährliche Anschläge auf andere Menschen begehen.

Sicher gibt es naiven Menschen ein gutes Gefühl, Anhänger und Teil einer machtvollen Erlösungs-Bewegung mit Happening-Charakter und charismatischer Führungspersönlichkeit, Gallionsfigur oder Werbeträgerin sowie mit vermeintlich überlegener Moral und Wissenschaftlichkeit zu sein. Es gibt aber außer dem Ziel der Klima-Stabilisierung noch viele andere legitime, drängende und wichtige Ziele. Außerdem gab es schon lange vor Greta Thunberg zahlreiche Menschen, Gruppen und sogar viele Regierungen, die etwas gegen die Erderwärmung tun wollten. Aber viel zu oft blieben sie mit ihren gut gemeinten Ideen wirkungslos oder richteten viel Unheil an. Und das Schlimmste ist, dass zumindest deutsche Regierungen und die EU auch dann noch unbeirrt an ihren Fehlentscheidungen festhalten, wenn deren fatale Wirkungen längst erwiesen sind.